

Liebe Genossinnen und Genossen



die Mitgliederbefragung ist beinahe beendet und in wenigen Tagen wissen wir dann, ob es eine schwarz-rote Koalition unter einem Kanzler Merz geben wird. Die Abstimmungsfrage hat uns alle sehr bewegt. Selten habe ich mehr Zweifel bei Genossinnen und Genossen erlebt und noch seltener sehr klare Meinungen in beide Richtungen. Das wurde schon im letzten Mitgliederbrief deutlich und kommt auch in zwei Beiträgen von Yannik König und Matthias Schmidt heraus.

Ich werde meine Entscheidung in dieser Frage hier nicht kundtun. Ich kann euch aber sicher sagen, dass ich vor diesem Abstimmungsbildschirm saß und mir die beiden Optionen Ja oder Nein sonderbar trivial und banal vorkamen ob der zumindest gefühlten Tragweite der Entscheidung.

Lasst uns deshalb die jeweilige Entscheidung unserer Parteifreundinnen und -freunde akzeptieren.

... weiter auf Seite 2



AUS DEM INHALT

| | |
|------------------------------------------------|----|
| Frühjahresempfang in Kirchzarten | 2 |
| Warum ich den Koalitionsvertrag schlecht finde | 5 |
| Koalitionsverträge – Segen oder Fluch? | 7 |
| Bürgerfahrt nach Berlin | 9 |
| Gemeindepolitik vernetzen – rot vernetzen | 11 |
| Neues Grundsatzprogramm erarbeiten | 13 |
| Termine, Termine | 14 |
| Impressum | 14 |

Es ist bestimmt niemand leicht gefallen. Ja, es war eine schwere Entscheidung aber gerade deshalb bin ich unserer Partei dankbar, dass sie diese Entscheidung eben nicht in einem Hinterzimmer oder auch in einem Parteitagssaal trifft, sondern eben alle einbindet.



Ich gehe aktuell einfach mal davon aus, dass Damit ist dann auch bald diese Zeit der wilden Spekulationen um Positionen und Ämter vorbei und es wird irgendwie im Bund weitergehen. Wir werden dann ganz sicher nicht über einen Mangel an Kröten klagen müssen, die wir zu schlucken haben.

Lasst uns dann auch an der Basis daran arbeiten, dass wir aus dem tiefen Tal der 15% herauskommen. Tun wir das, in dem wir uns ins Parteileben einbringen – zum Beispiel mit konstruktiven Anträgen zu Parteitagen auf allen Ebenen. Einen solchen Antrag, der auf die Initiative des Ortsvereins Bad Krozingen zurück geht, findet ihr in diesem Mitgliederbrief.

Lasst uns das auch tun, in dem wir gute Kommunalpolitik machen. Ob mit oder ohne Mandat. Da hilft es doch, wenn wir uns vernetzen und voneinander lernen. Auch dafür haben wir ein Angebot hier im Mitgliederbrief.

In diesem Sinne. Auf geht's und Glückauf!

Euer Ossi

Frühjahrsempfang in Kirchzarten

von Klaus Hör



Zum Frühjahrsempfang hatte die SPD Breisgau-Hochschwarzwald am Freitag nach Kirchzarten in das Gasthaus Birke eingeladen. Co-Vorsitzende Tanja Kühnel begrüßte die Gäste und führte anschließend durch das Programm.

Zu Beginn schilderte der neugewählte Kirchzartener Bürgermeister Darius Reutter in seiner Begrüßung die aktuellen Themen

in seiner Gemeinde. Das Haushaltsdefizit und die Verschuldung beeinträchtigen die notwendigen Entscheidungen. Die großen finanziellen Brocken sind aktuell die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses, und des Kindergartens.



Besorgt um die demokratische Grundordnung zeigte sich der Co-Kreisvorsitzender Oswald Prucker. Gegen zunehmende Desinformation, Populismus und blanke Lügen müsse sich die SPD verstärkt und offensiv als „Fortschrittspartei“ präsentieren, damit wir in der Gesellschaft vorankommen. Gute Politik könne etwas erreichen, wenn demokratische Parteien gegen das faschistische Schlechtreden der Zukunft kooperierten. Es gelte Erfolge deutlich zu formulieren, inzwischen sei mehr Solar- als Kohlestrom im Netz und die Verkehrswende Sorge für mehr ÖPNV und Fahrradverkehr. Durch den Mindestlohn sei eine Reduktion des Niedriglohnsektors erreicht worden.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Rita Schwarzelühr-Sutter berichtete von den Berliner Verhandlungen zur Regierungsbildung. Auch wenn der Koalitionsvertrag die Partei bis an die Grenzen fordere, gehe es

darum, dass die demokratische Mitte handlungsfähig bleibe, man Einschüchterungen durch Rechte abwehre, die unseren Staat zerstören wollen und dass man Menschen im Alter armutssicher mache. Auch sei eine Altschuldenregelung für die Kommunen nötig, damit diese handlungsfähig blieben. „Lasst uns diskutieren, tatkräftig streiten, aber dennoch einen achtsamen Umgang miteinander pflegen“, meinte die Abgeordnete.



Hauptredner war der JUSO-Landesvorsitzende Daniel Krusic, der für projektbezogene Themen plädierte, um Jugendliche anzusprechen, die mit reiner Parteipolitik kaum

zu motivieren seien. Die demagogische Überflutung in den Netzwerken mit falschen Storys und rechter Hetze erfordere, dass die SPD ihre richtigen Themen emotionaler rüberbringen müsse. Dem abnehmenden demokratischen Engagement bei Jugendlichen müsse mit gezielter Projektarbeit begegnet werden. Er erläuterte das auch anhand von Beispielen aus seiner eigenen politischen Arbeit, wo es unter anderem um Jugendhäuser und freies WLAN an vor allem von Jugendlichen genutzten Marktplätzen ging.



In der anschließenden sehr lebhaften Diskussion wurden viele dieser Themen weiter vertieft ehe der Abend bei einem gemeinsa-

men Abendessen ausklang. Schließlich gilt immer noch: Ohne Mampf, kein Kampf.



Warum ich den Koalitionsvertrag schlecht finde

von Yannick König

Ich weiß, nichts können Sozialdemokraten so gut, wie die eigene Arbeit schlechtreden. Stehts wird das Schlechte betrachtet, immer wird nur kritisiert. Man kann mir jetzt vorwerfen, dass ich damit munter weiter mache. Meine Erwiderung: Ich brauche den Koalitionsvertrag nicht schlecht zu reden, er ist es ganz von sich aus. Und zwar für SPD und Union. Keine der drei Parteien kann mit dem, was man da zu Papier gebracht hat, wirklich zufrieden sein.



Zunächst einmal ist ALLES, was in diesem Koalitionsvertrag steht, unverbindlich. „Alle Maßnahmen des Koalitionsvertrages stehen unter Finanzierungsvorbehalt“. Für was schreibt man das alles auf, wenn dann jede einzelne Maßnahme nochmal diskutiert

werden muss, ob sie als „finanzierbar“ gilt oder nicht. Sollte es nicht Aufgabe eines Koalitionsvertrages sein, ein Gesamtpaket zu ergeben aus Dingen, welche am Ende finanziell aufgehen? Was soll „Finanzierungsvorbehalt“ überhaupt bedeuten? Die Wahrheit ist doch, dass mehr darüber diskutiert wird, ob man für eine Maßnahme Geld ausgeben WILL, nicht, ob man es KANN. KÖNNEN tut der Bund es im Zweifel nämlich immer.

Über alles, was in diesem Koalitionsvertrag steht, wird noch einmal diskutiert werden. Genauer über den Punkt, ob man dafür Geld ausgeben kann (= will). Ist doch nicht aber genau das die Aufgabe der Koalitionsgespräche? Den Zankapfel der nächsten vier Jahre hat man sich hier auf Seite 51 hineinverhandelt.

Generell ist man vor allem gut darin, alles auf die lange Bank zu schieben. Systematische Probleme unseres Landes werden nicht angegangen. Rentenreform, Steuerreform, Gesundheitsreform oder Klimaschutz - zu keinem der Themen bietet der Koalitionsvertrag irgendeine substanzielle Veränderung. Jede Steuersenkung, jede kleine Entlastung, welche die SPD hineinverhandelt hat, wird aufgefressen werden von steigenden Mieten und steigenden Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen. Doch, Halt, Rettung naht! Eine Kommission, die sich mit steigenden Sozialversicherungsbeiträgen beschäftigt, wird 2027 ihre Ergebnisse vorstellen und dann kommen

die angekündigten „tiefgreifende[n] strukturelle[n] Reformen“! Unser Sozialsystem ist gerettet.

Ab 2027 werden Verkehr und Heizen mit in den europäischen Emissionshandel aufgenommen, die Kosten werden steigen, für einkommensschwache Menschen umso mehr. Hier bietet der Koalitionsvertrag wenig, was entlastend wirken könnte, außer vielleicht die Mindestloohnerhöhung. Ein gutes Unterfangen, das zusätzliche Geld wird nur weitgehend aufgefressen werden. Die hineinverhandelte Erhöhung enthält zudem so einige Wenn und Aber. Wenn die Parteispitzen in Land und Bund davon sprechen, dass „2026 der Mindestlohn auf 15€ steigt“, dann ist das Täuschung. Das steht nicht im Koalitionsvertrag.

Dort steht, dass die Mindestlohnkommission über die Erhöhung anhand von Tarifentwicklung und Armutsgrenze (60% des Bruttomedianeinkommens) beraten wird. So sei dann „ein Mindestlohn von 15 Euro im Jahr 2026 erreichbar“. Es steht eben nicht dort, dass der Mindestlohn 2026 garantiert und sicher auf 15€ angehoben wird und man sollte dann in Insta-Slides und Mails auch nicht den Eindruck erwecken, das sei so.

Weiterhin wartet man vergeblich auf das Klimageld, dessen Nichteinführung schon damals ein SPD-Versagen war, hier geht es in die nächste Runde. Wie bereits erwähnt fallen andere Entlastungen so schmal aus, dass sie kaum ins Gewicht fallen werden.

Die Ungleichheit zwischen arm und reich wird immer größer. Immer mehr Vermögen sammelt sich bei immer weniger Menschen, Deutschland belastet Einkommen über Lohn laut OECD übermäßig und Einkommen aus Vermögen zu wenig. Daran ändert die

Koalition nichts. Die ungerechte Erbschaftsteuer ist nicht einmal erwähnt, eine Vermögenssteuer auch nicht. Die Kapitalertragssteuer steigt nicht, die Freibeträge für Kleinsparer bleiben niedrig, die Steuer wird nicht progressiv gestaltet.

Die Ansammlung von immer mehr Vermögen bei immer weniger Menschen geht ungehindert weiter, der Mittelstand blutet aus. Wissenschaftlich erwiesen ist dies Nährboden für radikale Parteien insbesondere von rechts. Hier bin ich deutlich: Mit diesem Programm wird die AfD nicht kleiner, ihr Anteil bei den einkommens- und eigentumschwachen Wählern wird weiter steigen.

Die Kommunen sind chronisch unterfinanziert. Das bekommen die Menschen mit, das bekommt die Wirtschaft mit. 4 von 10 staatlichen Investitionsaufträgen kommen von Kommunen, beim Baugewerbe sind es 6 von 10. Fragt man ChatGPT, was hierzu im Koalitionsvertrag steht, kommt folgendes Ergebnis: „Von den etwa 3 Seiten in Kapitel 4.3 lassen sich nur etwa 4–5 konkrete Maßnahmen mit klarer finanzieller oder gesetzlicher Wirkung identifizieren. Der Großteil ist programmatisch, diagnostisch

(„Lage ist ernst“) oder konditional formuliert („sofern finanzierbar“, „werden wir prüfen“).“ Das lasse ich so stehen.

Ich könnte das noch fortsetzen. Gesellschaftspolitisch ist dieser Vertrag in den Bereichen Arbeitspolitik und Migration ebenso weitgehend ein Reinform, ein zahnlöser Tiger. Sinnbildlich nehme ich den Satz „Bei Menschen, die arbeiten können und wiederholt zumutbare Arbeit verweigern, wird ein vollständiger Leistungsentzug vorgenommen. Für die Verschärfung von Sanktionen werden wir die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts beachten.“

Welch ein Selbstbetrug. Den ersten Satz kann man sich sparen, der Zweite hebt ihn auf, ein vollständiger Leistungsentzug ist verfassungswidrig. Es ist ein Symbol-Satz, ein Crowd-Pleasing-Satz, einer zum über Stöckchen springen. Zahnlos, wirkungslos, ideenlos, wie große Teile des Vertrages.

Lichtblick ist, dass es vielleicht im Bereich Infrastruktur wirkliche Fortschritte geben wird, dank des Sondervermögens. Hier werden sie möglich sein, die strukturellen Anpassungen an die Moderne, an das 21. Jahrhundert, an die Herausforderungen und Gegebenheiten unserer Zeit. Woanders sucht man sie vergeblich, obwohl sie so dringend notwendig wären.



Koalitionsverträge – Segen oder Fluch?

von Matthias Schmidt

Wie immer in den letzten Jahren nach Bundestagswahlen steht bei der Zeit bis zur Einführung der neuen Regierung das Aushandeln des „Koalitionsvertrags“ im Vordergrund. Medial wird ausgeschlachtet und von engagierten Mitgliedern der Parteien kritisch beäugt, was da die jeweilige Partei an eigenen Werten preisgibt oder eben der anderen Seite abringt um Erfolge und Stärke vorweisen zu können.



Man könnte manchmal meinen, der Wahlkampf gehe gerade so weiter. Dass viele in der Bevölkerung sich einfach nur eine Regierung wünschen, die anpackt und Ihre Arbeit erledigt, verlieren wir manchmal aus dem Blick. Stattdessen wird schon vor der Amtseinführung wieder gestritten. In den aktuellen Zeiten Themen und Aktionen für

4 Jahre und länger schriftlich zu fixieren, anstatt sich den tagespolitischen Problemen zu widmen, kann zu Verdruss führen. Logischerweise sind solche Vereinbarungen deshalb oft vage. Natürlich wünschen sich viele (auch ich) von neuen Regierungen einen Aufbruch und großen Wurf in so manchen Fragen. Dass dieser eher weniger in wenigen Wochen in Verhandlungen über 140 Seiten Papier von zwei unterschiedlichen Parteien die zwangsweise zusammenarbeiten und zusammen finden müssen vorgestellt werden kann, sollte auch klar sein.

Ein Ausflug in die Geschichte:

Koalitionsverträge sind keineswegs ein Muss und schon immer da gewesen. Es gibt auch sehr gute Gründe und Kritik an derartigen Vereinbarungen, auch wenn Inhalte dieses Vertrags nicht einklagbar ist. Allerdings kann aber ein Koalitionsvertrag dazu führen, dass man sich nur der darin genannten Themen annimmt. Man versucht den Vertrag „abzuarbeiten“ und vergisst, darüber hinaus notwendige Initiativen zu ergreifen.

Der erste Koalitionsvertrag wurde in Deutschland nach Kaiserreich und Weimarer Republik erst 1961 zwischen CDU und FDP geschlossen. Davor waren es eher lose Koalitionsvereinbarungen in unterschiedlicher Form und der Kanzler stellte öffentlich in einer Regierungserklärung die Schwerpunkte der Arbeit seiner Regierung vor. Die politische Arbeit erfolgte (vielleicht auf-

grund der völlig anderen Medienlandschaft) ruhiger und wurde durch gemeinsame Absprachen in den Koalitionen getragen.

Erst 1998 unter Schröder und Rot-Grün begann es dann, dass teilweise ausufernde „Verträge“ vor der Regierungsbildung geschlossen wurden. Diese sind und bleiben entgegen dem Namen jedoch weiterhin lediglich eine unverbindliche Absichtserklärung.

Gerne wird ein Koalitionsvertrag aber als Druckmittel den eigenen Abgeordneten gegenüber genommen, da Abweichungen zu einmal festgelegten Inhalten durch Änderungen der Alltagssituation oder gesellschaftlicher Meinung zwingend als Koalitionsbruch ausgelegt werden. Die Fähigkeit zur Kompromissfindung auch während einer Regierungszeit ist nicht mehr gegeben.

Wenn wir von Bürokratieabbau reden, dann wäre es vielleicht auch eine Lösung, sich einfach an die Arbeit zu machen, sich zusammen zu setzen. Vielleicht sollte man darauf verzichten, auf hunderten Seiten unverbindliche Absichtserklärungen abzugeben und sich eben nicht mit einem starren Gerüst eines einmal ausgehandelten Vertrags unter Druck setzen. Ich weiß, dass in meinen Gedanken viel Idealismus steckt, aber mir wäre wichtiger wie Politiker agieren, erklären und Entscheidungen vermitteln. Was auf Papier irgendwann geschrieben wurde interessiert die normalen Bürgerinnen und Bürger nämlich eher wenig. An-

sonsten hätte die letzte Regierung auch keinen so schlechten Ruf gehabt, da sie das, was im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart war, zu einem sehr großen Teil umgesetzt hatte.



Bürgerfahrt nach Berlin

von Matthias Schmidt

Bereits zum vierten Mal durfte ich in Zusammenarbeit mit dem SPD ReiseService eine Reise für politisch interessierte Genossinnen und Genossen sowie auch Bürgerinnen und Bürger organisieren und als Reiseleiter begleiten.



Anders, als die Fahrten über unsere Abgeordnete in Berlin, war so das Programm von mir selbst zu wählen ausgeknobelt worden. Nachteil: Es handelte sich um eine von den Teilnehmenden selbst zu zahlende Reise. Die Kosten waren aber überschaubar und die Tatsache, dass wir mit 21 Personen die maximale Teilnehmerzahl erreichten, zeigt

te, dass das Reiseangebot sehr attraktiv war.

Gerade auch die Teilnahme von Nicht-SPD Mitgliedern war schön. Kontakte knüpfen, sich kennenlernen. Und mehr als einmal viel der Satz „Solche Details über die politische Arbeit sollten mehr Menschen wissen“.

Wir starteten das Besuchsprogramm während des Verdi-Streiks zu Fuß, da keine öffentlichen Verkehrsmittel außer S-Bahnen in Berlin fuhren. Im Gänsemarsch ging es vom Hotel zum Bundesrat, wo wir eine tolle Führung durch das geschichtsträchtige Haus erhielten. Highlight war eine Sitzprobe auf den Besucherrängen einen Tag vor der Bundesratssitzung, wo der Bundesrat der Grundgesetzänderung zum Finanzpaket und Sondervermögen für Rüstung und Infrastruktur zustimmen musste.



Im Willy-Brandt-Haus erhielten wir eine intime Hausführung und Einblick hinter die Kulissen, während in den Sitzungsräumen die Arbeitsgruppen von SPD und CDU am Koalitionsvertrag arbeiteten.



Eine Kiezführung durch Neukölln zeigte uns völlig unterschiedliche Seiten von der Großstadt Berlin, von dörflichem Charakter des Böhmisches Dorfs in Rixdorf, bis zur trübeligen Karl-Marx-Allee. Am Tag darauf eine Infoveranstaltung mit Diskussionsrunde in der neuen Zentrale des Bundesnachrichtendienstes, Mittagessen in der öffentlichen Kantine des Schöneberger Rathaus und danach eine Führung durch das Funkhaus Berlin, das früher den RIAS beheimatete und heute Teil des Deutschlandfunks ist.

Der Abschluss des offiziellen Programms war dann die hochspannende wie auch zeitgleich bedrückende Führung durch die Gedenkstätte zur NS-Zwangsarbeit mit teilweise noch erhaltenen Baracken aus der Kriegszeit - nun eingerahmt von Wohnbe-

bauung mitten in Berlin. Die Baracken wurden in der Nachkriegszeit und bis jetzt umgewidmet und beherbergen außer der Gedenkstätte z.B. einen Kindergarten und eine KFZ-Werkstatt. Für eigene Aktivitäten blieb selbstverständlich auch Zeit und Raum. So besuchte ein Teil der Gruppe auf eigene Initiative eine Vorstellung im Friedrichstadt-palast.



Mit zahlreichen Eindrücken und neuem Wissen und vielen Gesprächen untereinander ist die Gruppe dann wieder nach vier Tagen mit dem Zug in Freiburg angekommen. Übrigens sowohl hin wie auch wieder zurück pünktlich!

Wer auch gerne Gruppenreisen organisieren oder anbieten möchte, ich stehe gerne mit Rat und Tat zur Verfügung – ebenso der SPD-ReiseService, der in diesen Fällen dann als rechtlicher Reiseveranstalter fungiert.



Gemeindepolitik vernetzen – rot vernetzen

von Oswald Prucker

Wir – das sind Jenny Beck aus Umkirch, Helmut Schöpflin aus Eichstetten und ich aus Merdingen – würden gerne die Gemeinderäte und allgemein kommunalpolitisch interessierten Genossinnen und Genossen in unserem Landkreis besser vernetzen.

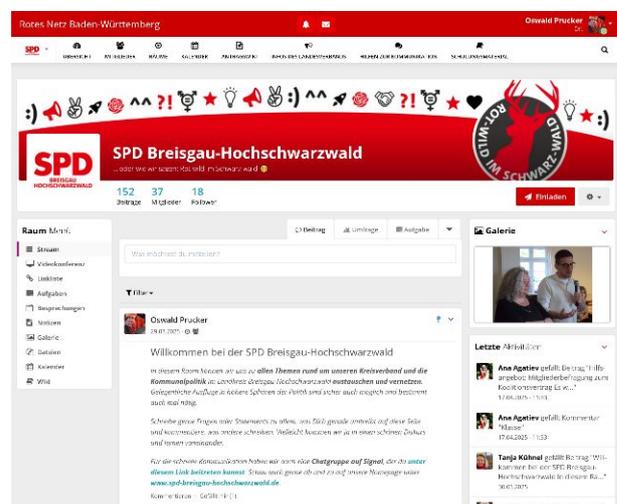
Wir haben ja oft ähnliche Themen und die Gemeinden gehen damit oft genug überraschend unterschiedlich um. Da ist es gut, wenn wir voneinander wissen und unterschiedliche Herangehensweisen kennen.

Die Bürgermeister:innen tun das ja schon immer. Die haben es leicht, denn die haben ihre Sprengel und da treffen sie sich und können sich austauschen. Natürlich haben

die auch ihre Chatgruppen (ohne versehentlich hinzugefügte Journalisten, nehme ich an).

Bei uns ist das schon schwieriger, zumal in unserem sehr großen Landkreis. Deshalb wollen wir das SPD-Intranet nutzen, das uns der Landesverband ja dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat.

Die Rede ist vom Roten Netz und noch genauer vom Raum der SPD Breisgau-Hochschwarzwald im Roten Netz.



Dort kann man sehr einfach ein Thema loswerden oder eine Frage stellen oder vielleicht mit der Zeit auch schmökern, was es alles schon gibt. Wichtig ist: Man kann alle Beiträge kommentieren und so digital ins Gespräch kommen oder halt herausfinden, wen man mal anrufen möchte.

Der Vorteil dabei ist: Andere können zu einer Diskussion dazu kommen und ihre Gedanken dazu einbringen. Das geht am Telefon nicht so gut.

Hier kommt ihr ins Rote Netz:



[Rotes Netz SPD Bden-
Württemberg](#)

oder direkt in den Raum unseres Kreisverbandes:



[Breisgau-Hochschwarzwald
im Roten Netz](#)

Für schnelle Abstimmungen nutzen wir eine Signal-Chatgruppe, der du auch unbedingt beitreten solltest. Ich weise dort immer darauf hin, wenn es was neues im Roten Netz gibt.



[Chat-Gruppe auf Signal](#)

Es gibt aktuell schon einige Themen in unserer Gruppe im Roten Netz: Da geht es um das Parken im Dorf, die Grundsteuer C und die Ganztagschule, die ab dem nächsten Jahr Pflicht wird und ganz bestimmt alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte im Landkreis gerade beschäftigt. Bestimmt gibt es auch noch andere Themen, die dem einen oder der anderen wichtig sind. Einfach reinschreiben.

Wir freuen uns auf den Austausch mit Euch und hoffen auf eine schlagkräftige und gut vernetzte Gemeinschaft. Wir wollen uns bemühen und wer mit dem Roten Netz noch Hilfe braucht, der darf sich gerne an uns wenden.

DAS ROTE NETZ AUF DEM HANDY

Es gibt keine eigene App für das Rote Netz, aber die mobile Ansicht im Webbrowser ist genauso gut.

Typische Browser lassen dich auch die Seite auf dem Startbildschirm ablegen und dann vergisst man ganz schnell, dass es keine eigenständige App ist :-)



Neues Grundsatzprogramm erarbeiten

von Oswald Prucker

Auf Initiative des Ortsvereins Bad Krozingen – Hartheim haben wir zusammen mit dem OV einen Antrag an den ordentlichen Parteitag Ende Juni gerichtet, in dem es um ein neues Grundsatzprogramm geht. Hier der Antrag im Wortlaut:

Neues Grundsatzprogramm erarbeiten - die Chance auf Profilierung und öffentliche Wahrnehmung nutzen

Antragsteller: KV Breisgau-Hochschwarzwald und OV Bad Krozingen – Hartheim

Die SPD benötigt ein neues Grundsatzprogramm. Das inzwischen 18 Jahre alte "Hamburger Programm" ist zwar nicht veraltet, in vielen Teilen noch aktuell und in den Kernaussagen nach wie vor gültig.

Jedoch fehlen viele wichtige Themenkomplexe wie z.B. zur Digitalisierung, Sicherheit in Europa und Rüstungspolitik (Thema Zeitenwende), Fluchtursachen und Integration von Geflüchteten in Europa und Deutschland. Weiterhin lassen sich in vielen anderen Bereichen inzwischen Ergänzungen und Präzisierungen aufnehmen oder sind Überarbeitungen aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre angebracht.

Der Bundesvorstand der SPD wird deshalb aufgefordert, den Prozess zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms umgehend zu starten und in die Wege zu leiten.

Für die wesentlichen Themen der Zeit (Migration, Rente, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Vermögensverteilung, Bürokratie, föderales System, faire Besteuerung, äußere und innere Sicherheit) gibt die SPD derzeit keine ausreichenden Antworten. Das Zukunftsversprechen und die Aufstiegschancen werden nicht mehr als solche wahrgenommen. Der SPD wird nicht mehr zugetraut, wirksame Lösungen für die vielen offenen, strukturellen Probleme des Landes zu haben.

Auf Grund der permanent neuen Koalitionszwänge gibt es kein klares eigenständiges Profil der SPD in der Wahrnehmung weiter Teile der Bevölkerung.

In der besonderen Situation, dass die SPD sich eine dringend notwendige Erneuerung verordnet hat, gleichzeitig jedoch voraussichtlich erneut in Verantwortung für unser Land Regierungsverantwortung übernimmt, ist die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eine gute Möglichkeit, Profil zu zeigen.

Die Erarbeitung des neuen Grundsatzprogramms muss unabhängig von einem aktuellen Koalitionsvertrag und in die Zukunft gerichtet gesehen werden, eine Möglichkeit der Mitarbeit an der Erstellung des neuen Programms soll allen Gliederungen und Mitgliedern der SPD nach Möglichkeit offen stehen.

Termine, Termine

Stammtische

Digitaler Kreisstammtisch

-  5. Mai und 3. Juni
-  19:00 Uhr
-  Ab sofort über Big Blue Button:
<https://bbb.spd-bw.de/b/sop-5mc-fht-seq>

Kaiserstuhl – Tuniberg – March

-  13. Mai und 2. Juni
-  19:00 Uhr
-  Wirtshaus Perron, Bahnhofsstraße
4, Breisach (am Bhf. Breisach)

Hochschwarzwald

-  28. Mai und 5. Juni
-  19:00 Uhr
-  Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt

Nominierungen für die Landtagswahl 2026

Die Landtagswahl 2026 wird am 8. März stattfinden.

Wahlkreis 48 – Breisgau

-  3. Mai
-  15:00 Uhr
-  Clara-Schumann-Haus, Clara-Schumann-Straße 3a, Bad Krozingen

Dieser Wahlkreis umfasst weite Teile des Breisgaus, das Markgräflerland und einige Gemeinden aus dem Landkreis Lörrach.



Nach dem jetzigen Stand kandidiert **Philip Wolf** für diesen Wahlkreis. **Laura Röttele** ist seine Ersatzkandidatin. Weitere Bewerbungen liegen aktuell nicht vor.

IMPRESSUM

Herausgeber & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Tanja Kühnel und Oswald Prucker,
SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4
79100 Freiburg

Redaktion:
O. Prucker und T. Kühnel